

**Niederschrift  
zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses des Amtes  
Moorrege (öffentlich)**

**Sitzungstermin:** Dienstag, den 11.11.2014

**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr

**Sitzungsende:** 20:00 Uhr

**Ort, Raum:** Amtsverwaltung Moorrege, Sitzungssaal, Amtsstraße  
12, 25436 Moorrege (rückwärtiger Eingang)

**Anwesend sind:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Ba-  
naschak CDU

Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke GuB

Herr Egbert Hagen CDU

Herr Claus May SPD

Vertretung für

Bgm Tesch

Vertretung für

Bgm Pliquet

Herr Bürgermeister Jürgen Neumann stv. Vorsitzender  
CDU

Herr Bürgermeister Walter Reißler CDU

Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg  
CDU

Außerdem anwesend

Herr Jörg Behrmann CDU

Herr Hans-Peter Lütje CDU

Herr Georg Plettenberg CDU

Herr Horst Schaper CDU

Herr Dietmar Voswinkel SPD

Herr Uwe Hüttner CDU

Protokollführer/-in

Herr Jens Neumann

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann

Herr Rainer Jürgensen

Frau Marlen Marchlewitz

Frau Christine Neermann

Personalrat

LVB

Auszubildende

Gleichstellungsbeauf-  
tragte

Herr Frank Wulff

**Entschuldigt fehlen:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet  
SPD

Herr Bürgermeister Udo Tesch SPD Vorsitzender

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 28.10.2014 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Finanz- und Personalausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 13 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

**Tagesordnung:**

1. Information über laufende Gerichtsverfahren
2. Berichte der Bürgermeister aus ihrer Gemeinde
3. Sachstandsbericht zur Ausbildungssituation
4. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine Verwaltungsgemeinschaft nach §19a GkZ - Kooperationsvertrag D115  
Vorlage: 169/2014/AMT/BV
5. Neuregelung der Abgeordnetenbestechung  
Vorlage: 175/2014/AMT/BV
6. Freihandelsabkommen - Zustimmung zum Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen  
Vorlage: 177/2014/AMT/BV
7. Informationsbroschüre für das Amt Moorrege
8. Einführung der Mandatos-App zur Erweiterung des papierlosen Sitzungsdienstes  
Vorlage: 171/2014/AMT/BV
9. Anschaffung von iPads zur Nutzung der Mandatos-App  
Vorlage: 172/2014/AMT/BV
10. Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2015

Vorlage: 173/2014/AMT/HH

11. Investitionsprogramm 2014 - 2018  
Vorlage: 174/2014/AMT/HH

12. Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

Unterbringung von Flüchtlingen

12.1.

Schiedsmann Moorrege

12.2.

### **Protokoll:**

#### **zu 1 Information über laufende Gerichtsverfahren**

LVB Jürgensen informiert wie folgt über die laufenden Gerichtsverfahren:

- Klage aufgrund eines Schadenfalles in der Gemeinde Neuendeich  
Eine beantragte Schadensregulierung wurde vom Kommunalen Schadensausgleich Schleswig-Holstein (KSA) abgelehnt. Von dem Betroffenen wurde Klageschrift beim Landgericht Itzehoe eingelegt. Das Gericht hat die Klage mit Urteil vom 17.02.2014 abgewiesen. Gegen das Urteil wurde von der Gegenseite Berufung eingelegt. Eine Entscheidung liegt noch nicht vor.

- Gerichtsverfahren der Gemeinde Appen in einer Mietangelegenheit  
In dem Rechtsstreit der Gemeinde Appen in einer Mietangelegenheit wurde die beklagte Gegenpartei rechtskräftig verurteilt. Die Zahlung der Summe ist noch nicht erfolgt. Von der Hausverwaltung wurde die Beitreibung der ausstehenden Miete beauftragt.

#### **zur Kenntnis genommen**

#### **zu 2 Berichte der Bürgermeister aus ihrer Gemeinde**

stv. Bgm. May / Gemeinde Neuendeich:

Für die Gemeinde Neuendeich gibt es momentan keine nennenswerten Mitteilungen.

Bgm'in Ehmke / Gemeinde Groß Nordende:

- Frau Ehmke weist darauf hin, dass für die Bürgermeisterdienstversammlung mit dem Landrat zwei Termine zur Auswahl gestellt wurden. LVB Jürgensen teilt mit, dass durch die Verwaltung eine Abfrage der Termin

und möglicher Vorschläge für Beratungspunkte erfolgt.

- Am 25.11.2014 findet die Veranstaltung zur Resolution SuedLink im Amtshaus statt.
- Am 01.12.2014 findet sowohl eine Veranstaltung zum Fracking als auch eine Veranstaltung zur Inklusion statt. Frau Ehmke regt an, dass sich die Bürgermeisterkollegen aufteilen, damit jeweils eine Vertretung der Gemeinden gewährleistet ist. Laut Bgm Neumann sollen sich die Bürgermeister abstimmen. Auch die Entsendung des Vertreters ist möglich.

Bgm Banaschak / Gemeinde Appen:

- Durch die Telekom werden in der nächsten Zeit Glasfaserkabel in Appen verlegt, so dass einige Tagesbaustellen entstehen. Dabei werden Glasfaserkabel lediglich bis zu den Kontenpunkten verlegt. Eine leichte Verbesserung der Internetverbindungen wird erwartet.
- Für das geplante Gewerbegebiet sollen nunmehr die Vergabekriterien abgestimmt werden.
- Für die Ausweisung eines neuen Baugebiets werden derzeit Verhandlungen mit Grundstückseigentümern geführt.

Bgm Weinberg / Gemeinde Moorrege:

- In einem Gespräch vor Ort wurde mit der Landeplanung eine gemeinsame Lösung gefunden, um eine Bebauung am „Heistmer Weg“ zu ermöglichen.
- Im Bereich „Am Hög/Vossmoor“ ist die Ausweisung eines Baugebietes mit rd. 45 Wohneinheiten beabsichtigt. Die Erschließung ist in Teilabschnitten vorgesehen.
- Die Gemeinschaftsschule des Schulzentrums Moorrege wird als offene Ganztagschule betrieben. Für die Einrichtung einer Mensa wurden vom Land unbürokratisch Fördermittel zugesagt. Die Umsetzung der Maßnahme verzögert sich erheblich, da dem Kreis Pinneberg die Prüfaufsicht für das Vorhaben übertragen wurde. Die Verschleppung der Maßnahme durch den Kreis wird bemängelt.

Bgm. Reißler / Gemeinde Holm

Für die Gemeinde Holm gibt es momentan keine nennenswerten Mitteilungen.

stv. Bgm Hagen / Gemeinde Heidgraben:

- Im Bereich des MarktTreff Heidgraben werden 28 Reiheneinheiten realisiert. Mitte Dezember ist das Richtfest beabsichtigt.
- Für den Bau eines Kunstrasenplatzes gewährt die Gemeinde Heidgraben dem Sportverein einen Zuschuss in Höhe von 350.000 €. Der Verein wendet neben Kreiszuschuss und Zuschuss des Landessportverbandes

noch rd. 120.000 € Eigenmittel auf. Der Spielbetrieb soll bereits Mitte Dezember aufgenommen werden.

Bgm Neumann / Gemeinde Heist:

- Die Gemeinde möchte an der vorhandenen Kindertagesstätte einen Anbau für 10 zusätzliche Krippenplätze realisieren. Die gemeindlichen Mittel wurden längst bereitgestellt. Leider ergeben sich bei der Prüfaufsicht des Kreises Pinneberg nunmehr erhebliche Verzögerungen, so dass ein Beginn der Maßnahme noch nicht absehbar ist.
- Die auf Haseldorfer Gebiet befindliche Brücke am „Grünen Damm“ (Verbindung Richtung Hetlingen) wurde aufgrund von Baumängeln gesperrt. Gemeinsam mit Vertretern von Haseldorf, Hetlingen, Holm und Heist soll ein Gespräch stattfinden, um eine Lösung für den Neubau der Brücke zu finden. Eine Förderung über die AktivRegion wird angedacht.
- Durch die Ablösung eines Erbbaurechts ist die Gemeinde Heist Eigentümer des Grundstückes der ehemaligen Gärtnerei Rieprich. Das Wohnhaus wird für rd. zwei Jahre zur Unterbringung von Flüchtlingen an das Amt vermietet.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 3 Sachstandsbericht zur Ausbildungssituation**

LVB Jürgensen gibt eine kurze Einleitung in den Sachverhalt. Frau Marlen Marchlewitz ist beim Amt Moorrege Auszubildende im 1. Ausbildungsjahr und hat sich freiwillig bereit erklärt, einen kurzen Sachstandsbericht zur Ausbildungssituation beim Amt Moorrege zu geben.

Frau Marchlewitz gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Anzahl, Herkunft und Qualifikation der Bewerber für einen Ausbildungsplatz beim Amt Moorrege. Anhand der Bewerberanalyse über mehrere Jahre kann abgeleitet werden, dass sich der Bewerberkreis in den letzten Jahren deutlich verändert hat.

LVB Jürgensen resümiert, dass es zukünftig immer schwieriger sein wird, qualitativ gute Auszubildende zu finden. Aufgrund des Fachkräftemangels wird in der Folge auch in der Verwaltung eine Nachbesetzung von freiwerdenden Stellen problematischer.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 4 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine Verwaltungsgemeinschaft nach §19a GkZ - Kooperationsvertrag D115**

**Vorlage: 169/2014/AMT/BV**

Herr Jürgensen erläutert den Sachverhalt.

Auf der Basis eines öffentlich-rechtlichen Vertrages beteiligen sich der Kreis sowie die kreisangehörigen Kommunen seit dem 1.12.2011 an der einheitlichen Behördenrufnummer 115. Die Aufgaben des Kreises und der Verbundpartner sind im Vertrag geregelt und es war eine Pilotphase von 2 Jahren vorgesehen. Auf Empfehlung der Lenkungsgruppe und im Einvernehmen mit allen Verbundpartnern wurde die Pilotphase um ein weiteres Jahr, mithin bis zum 30.11.2014, verlängert.

Die „Verwaltungsgemeinschaft 115“ zwischen dem Kreis und den Kommunen soll nunmehr über den 30.11.2014 hinaus fortgesetzt werden.

Ein neuer öffentlich-rechtlicher Vertrag wurde entworfen, der einer Zustimmung von allen Verbundpartnern bedarf.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt, dem öffentlich-rechtlichen Vertrag über eine Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ zur Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer D115 zuzustimmen.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 5 Neuregelung der Abgeordnetenbestechung**

**Vorlage: 175/2014/AMT/BV**

Auf die mit der Einladung verschickte „SHGT-info-intern Nr. 96/14“, in der die Neuregelungen zur Abgeordnetenbestechung näher erläutert sind, wird verwiesen. Der Tatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern ist in § 108e StGB neu gefasst worden. Die Ausführungen werden zur Kenntnis gegeben, so dass der Amtsvorsteher seiner Behlungspflicht nachkommt.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 6 Freihandelsabkommen - Zustimmung zum Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen**

**Vorlage: 177/2014/AMT/BV**

LVB Jürgensen teilt mit, dass die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht haben, in dem die Chancen und Risiken der geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA sowie des geplanten Dienstleistungsabkommens TiSA kritisch bewertet werden.

Um den Hinweisen mehr Nachdruck zu verleihen, wird empfohlen, sich dem Inhalt des Positionspapiers (**Protokollanlage 1**) anzuschließen.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, sich dem Inhalt des von den kommunalen Spitzenverbänden und dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) entwickelten Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen anzuschließen.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 7 Informationsbroschüre für das Amt Moorrege**

Herr Wulff teilt mit, dass an das Amt Moorrege eine Anfrage zur Erstellung einer neuen Infobroschüre gerichtet wurde. Laut Herrn Wulff ist die Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger bei der Amtsbroschüre sehr gering, so dass von dem letzten Exemplar eine größere Stückzahl nachgeblieben ist. Zudem ist die Aktualität der Broschüre schnell überholt. Sämtliche Info-Angebote sind auf der Internetseite des Amtes abrufbar. Auch die Finanzierung über Werbung wird zunehmend schwieriger. Bei Bedarf können stattdessen themenbezogene Broschüren (z.B. im Bereich der Kindertagesstätten oder Schulen) entwickelt werden.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss hält die Erstellung einer Infobroschüre für das Amt nicht für erforderlich. Bei Bedarf können durch die Gemeinden eigene Themenbroschüren entwickelt werden.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 8 Einführung der Mandatos-App zur Erweiterung des papierlosen Sitzungsdienstes**

**Vorlage: 171/2014/AMT/BV**

Seit dem Jahr 2008 können mit dem Zusatzmodul „SessionNet“ die Sitzungsunterlagen digital im Internet abgerufen und somit der papierlose Sitzungsdienst genutzt werden. Einige wenige Mandatsträger der sieben amtsangehörigen Gemeinden nutzen diese Dienstleistung bereits.

Der papierlose Sitzungsdienst des Amtes Moorrege kann durch die Anschaffung einer sogenannten „Mandatos-App“ für Tablet-PCs erweitert werden. Diese App ermöglicht es, Sitzungsunterlagen sowohl online (sofern WLAN oder ein Datentarif vorhanden) als auch offline während der Sitzung einzusehen. Aus Sicherheitsgründen würde die App nur für iPad-

Geräte von Apple bereitgestellt werden.

Durch Mandatos ist eine schnellere, einfachere und komfortablere Arbeitsmöglichkeit gewährleistet. Es können weiterhin alle Vorteile, die SessionNet bereits bietet, ergänzt durch optimierte Mandatos-Funktionen, genutzt werden.

Die einmaligen Lizenzkosten für die Mandatos-App belaufen sich auf 4.125 € zzgl. Mehrwertsteuer. Für die Pflege von Mandatos entstehen jährlich Kosten in Höhe von 996 € zzgl. Mehrwertsteuer. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind in dem vorliegenden Haushaltsentwurf für 2015 bereits vorsorglich eingeplant.

### **Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt die Einführung der App „Mandatos“ zur Erweiterung des papierlosen Sitzungsdienstes und stellt die entsprechenden Haushaltsmittel für 2015 bereit.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 9**

### **Anschaffung von iPads zur Nutzung der Mandatos-App**

**Vorlage: 172/2014/AMT/BV**

Laut einer Umfrage der Amtsverwaltung haben 52 Mandatsträger der amtsangehörigen Gemeinden Interesse, die Mandatos-App mit einem iPad von Apple zu nutzen. Insgesamt gehören zu den amtsangehörigen Gemeinden 190 Gemeindevertreter und bürgerliche Mitglieder.

Die Mandatos-App ermöglicht es, Sitzungsunterlagen sowohl online (sofern WLAN oder ein Datentarif vorhanden) als auch offline während der Sitzung einzusehen.

Da die WLAN-Nutzung u. a. aus Sicherheitsgründen nicht in allen Sitzungsräumen ermöglicht werden kann, ist während der Sitzung somit nur ein Offline-Betrieb der Mandatos-App möglich. Alternativ wäre der Abschluss eines Datentarifvertrages je Endgerät erforderlich, um die Online-Nutzung zum Herunterladen von Sitzungsunterlagen während der Sitzung zu ermöglichen.

Die verschiedenen Varianten zur Beschaffung von iPads und der Datennutzung werden erörtert.

Um eine private Mitbenutzung der iPads zu ermöglichen und den Verwaltungsaufwand zu mindern, wird für sinnvoll erachtet, dass die Geräte Eigentum der Mandatsträger sind und die Gemeinden lediglich einen einmaligen Beschaffungszuschuss gewähren. Aus steuerlichen Gründen (geldwerter Vorteil) muss bei privater Nutzung ein angemessener Eigenanteil der Mandatsträger verbleiben. Die Bereitstellung eines Datentarifs wird nicht für notwendig erachtet, da die Daten rechtzeitig vor Sitzungsbeginn heruntergeladen werden können. Die Entscheidung, ob und in welcher Höhe ein Zuschuss für die Beschaffung von iPads für die gemeindlichen Mandatsträger gewährt wird, obliegt der jeweiligen Gemeinde.

Herr Jürgensen bietet an, dass das Amt die Sammelausschreibung für die

gemeinsame Beschaffung von iPads vornehmen kann.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt, dass die iPads zur Nutzung der Mandatos-App für alle Interessierten privat durch die Mandatsträger angeschafft werden und ein gemeindlicher Zuschuss gewährt wird.

Je nach tatsächlichem Bedarf können die jeweiligen gemeindlichen Gremien eine individuelle Entscheidung über die Beschaffung von iPads und Gewährung eines gemeindlichen Zuschusses treffen.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 10**

**Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2015**

**Vorlage: 173/2014/AMT/HH**

Der Kämmerer Herr Neumann erläutert die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltsplanes für 2015.

Der prozentuale Amtsumlagesatz wird von 13,7 % (2014) auf 13,5 % gesenkt. Die Senkung des Umlagesatzes ist möglich, da die Finanzkraftzahlen und Umlagegrundlagen der Gemeinden in dem betreffenden Berechnungszeitraum gestiegen sind.

Gegenüber dem Haushaltsplan 2014 ergibt sich ein Mehrbedarf von rd. 78.300 €, der sich insbesondere aus den Personalkostensteigerungen, Mehraufwand für die Unterbringung von Flüchtlingen, Erneuerung der Schiebetürenanlage sowie Bereitstellung der Mandatos-App ergibt.

Für 2014 ergibt sich ein Amtsumlagebedarf in Höhe von insgesamt 2.508.800 €. Gegenüber dem Vorjahr steigt die Summe der Amtsumlage um rd. 78.300 €. Je nach Finanzkraft ergeben sich entsprechende Mehr- oder Minderkosten für die amtsangehörigen Gemeinden.

Im Vermögenshaushalt sind insbesondere die Kosten für die Ersatzbeschaffung EDV (42.000 €), Inventar für das Amtshaus (10.500 €), Erneuerung der Schiebetürenanlage (18.000 €) sowie Erweiterung des papierlosen Sitzungsdienstes (5.000 €) dargestellt.

Eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ist entbehrlich, so dass ein Rücklagenbestand von 100.000 € verbleibt.

Abschließend wird dargestellt, wie sich die zum 01.01.2015 beschlossene Reform des kommunalen Finanzausgleichs auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen und Umlagen der amtsangehörigen Gemeinden auswirkt. Mit Ausnahme der Gemeinde Appen, die vorübergehend von der Einführung eines demografischen Faktors bei der Berechnung der Einwohnerzahl profitiert, werden alle amtsangehörigen Gemeinden mit Einführung des neuen kommunalen Finanzausgleichs deutliche Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen erfahren. Teilweise werden diese Mindereinnah-

men durch geringere abzuführende Umlagen kompensiert. Unter dem Strich verbleibt bei der Mehrzahl der Gemeinden eine Schlechterstellung gegenüber der bisherigen Rechtslage.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die vorliegende Haushaltssatzung für das Jahr 2015 (**Protokollanlage Nr. 2**), mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von insgesamt 3.437.400 € sowie Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt in Höhe von 75.500 € zu beschließen. Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beläuft sich auf 35,89 Stellen. Der Amtsumlage-satz beträgt 13,5 %.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 00 Befangen: 0**

**zu 11 Investitionsprogramm 2014 - 2018  
Vorlage: 174/2014/AMT/HH**

Auf das Investitionsprogramm für die Jahre 2014 - 2018, das Bestandteil des vorliegenden Haushaltsplanes ist, wird verwiesen.

Die energetische Sanierung der Heizungsanlage und Heizkörpern des Amtshauses mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 40.000 € wird im Rahmen eines separaten Nachtragshaushaltes dargestellt, sofern eine Gewährung von entsprechenden Fördermitteln erfolgt.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt, das Investitionsprogramm für die Jahre 2014 bis 2018 in Höhe von 285.500 € (**Protokollanlage 3**) zu beschließen.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 12 Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 12.1 Unterbringung von Flüchtlingen**

Dem Amt Moorrege sind momentan insgesamt 87 Flüchtlinge zugewiesen. Die Unterbringung erfolgt in Schlichtwohnungen in Holm und Moorrege. Außerdem hat das Amt insgesamt 15 Wohnungen und Häuser zur Unterbringung von Flüchtlingen angemietet.

**zu 12.2 Schiedsmann Moorrege**

Bgm Weinberg teilt mit, dass der Schiedsmann für den Schiedsbezirk Moorrege-Heist, Herr Joachim Batschko seine Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben hat. Eine Nachbesetzung ist erforderlich. In der Zwischenzeit ist der Vertreter gefordert.

**zur Kenntnis genommen**

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.11.2014

---

()

---

(Jens Neumann)  
Protokollführer